

Luerner Tagblatt.

Abonnementpreise:

Durch die Post bestellt: 3 Monate 3 Kronen, 6 Monate 5 Kronen, 1 Jahr 10 Kronen.
Für Luerner zum Bringen: 3 Monate 2 Kronen, 6 Monate 3 Kronen, 1 Jahr 5 Kronen.
Abholen: 3 Monate 1 Kronen, 6 Monate 2 Kronen, 1 Jahr 3 Kronen.
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Redaktions- und Expeditions-Bureau: St. Jakobsvorstadt Nr. 11
Filiale der Expedition am Kornmarkt.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

N^o 141.

Insertionspreise:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 10 Cts.
Wiederholungen: 8 Cts.
Für die dritte Seite und das Ausland: 15 Cts.
Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Cts., Wiederholungen 10 Cts.
Preis der Reklame-Zeile (vier Zeilen): 50 Cts.
Insertions-Annahme (größere bis 9 Uhr, kleinere bis 10^{1/2} Uhr) in dem Expeditions-Bureau St. Jakobsvorstadt und Filiale Kornmarkt.

Donnerstag,

Gratia-Beilagen

Jeden Freitag die *Volksrechtliche Zeitschrift*, *Wöchentliche Unterhaltungen*,
Wird vierzehn Tage das *„Ausstellungsbild“*, *Gemeinnützige Blätter*.

Gratia-Beilagen

18. Juni 1893.

Die heutige No. des „Tagblatt“ umfasst 16 Seiten.

Erstes Blatt.

Inhalt des zweiten Blattes: Die Unwahrscheinlichkeit der
Eigenschaft. — Rückblicke.

Inhalt des dritten Blattes: Abonnement-Einladung. — Eigenschaft.
— Ausland. — Vermischte Nachrichten.

Inhalt des vierten Blattes: Die Fortschritt der französischen
Presse. — Eigenschaft. — Ausland. — Literarisches.

Luerner Geschichtskalender.

18. Juni.

1618. „In Sursee schenkte es Jo, das Sopsenberg, Gattm. und
als dort herum vom Schute weh war, daß man auch die „Fru-
schögen“ wegen des Schutes nicht leben konnte.“

1653. Eine Berechnung, was der Unterhalt der gesamten luernerischen
Kriegsmacht in einer Woche kosten würde, ergab 10,000 Gulden.
Einige Anstöße: 5 Herren beim Wanner (je 25) 125 Gulden,
5 Brigadiere (15) 75, 25 Hauptleute, 5 Stab-/Kanonier-/Haupt-
leute, 5 Majore (9) 315, 25 Regimente aus der Stadt (1^{1/2})
112 St. 20 Sch., 25 Regimente aus dem Land (2) 50, 2 Regimente,
2 Cornets (4^{1/2}) 18, 60 Reiter (2^{1/2}) 185, 15 Konstabler (2)
30, Wachmeister, 8 zu 1 Komp. (2) 400, Korporale 8, Spielleute
4 zu 1 Komp., 300 Mann (1^{1/2}) 337^{1/2}, 25 Feldscherer (2) 50,
10 Priester (4^{1/2}) 45, 10 Kommissäre (9) 90, 10,000 Gemeine
7000 Gulden.

Die deutschen Reichstagswahlen.

Noch kann niemand sagen, wie der neue Reichstag aus-
sehen werde. Aus dem Wahlkampf vom 15. Juni sind nicht
alle Mandate herausgekommen; es müssen eine Menge Stich-
wahlen stattfinden, die noch verschiedene Ueberarbeiten
bringen werden. Am allerwenigsten ist sicher, ob eine Mehrheit
für oder gegen die Militärvorlage zu Stande kommen werde.
Gewichtige Stimmen stellen erstens, ebenso gewichtige letzteres
in Aussicht.

Es ist in dieser Beziehung nicht außer Acht zu lassen,
daß zwar die Auflösung des Reichstages wegen der Ablehnung
des Antrages Guene erfolgte und dieses auch im ersten Stadium
der Wahlbewegung das Ziel war, um das der Kampf
wogte; aber im Verlaufe der Dinge haben ganz andere Ge-
wägungen den Ausschlag. An Stelle der Erhöhung der
Bereitschaft und der Befestigung der hierfür erforderlichen
Mittel trat die Frage, wie Deutschland in der nächsten
Legislaturperiode regiert werde. Es gab unter den National-
liberalen und Freisinnigen Männer, die zwar mit der Militär-
vorlage nicht einverstanden waren, aber eine reaktionäre
Mehrheit beschützten und damit die Preisgabe aller liberalen
Erwägungen auf wirtschaftlichem Gebiete; ferner die Partei
bestand, die Regierung fürchte das allgemeine Stimmrecht an-
zusehen. Hinwieder spielte die offizielle Presse, vorab die
„Nordd. Allg. Ztg.“, den Gegensatz zwischen Monarchie
und Demokratie aus; es handelte sich darum, einen demo-
kratischen Vorstoß gegen Kaiser und Reich abzuwehren. Die
Konservativen stellten agrarische und schulpflichterische Postulate
in den Vordergrund, und die Sozialisten gaben zu verstehen,
es müsse eine Umgestaltung des gegenwärtigen Regierungs-
systems im freisinnigen und vollkommeneren Sinne angestrebt
werden und die Ersetzung des bestehenden durch das
Mitsystem. So ist das Schicksal der Militärvorlage noch
ungeklärt.

Alle die wirklichen Sieger des Tages erscheinen die
Sozialdemokraten. Die Zahl der sozialdemokratischen
Stimmen ist seit 1890 gewachsen. Das geschah namentlich
in den Städten; aber auch auf dem Lande haben sie fast
allenthalben den Kampf aufgenommen. In der Reichshaupt-
stadt sind sie mit gewaltigen Biffen ausgerückt. Von 373,930
eingetragenen Berliner Wählern haben am 15. Juni
268,533 oder 71,8% von ihrem Stimmrecht Gebrauch
gemacht; davon sind 150,951 sozialdemokratische Stimmen.
Vor drei Jahren betrug die Zahl der eingetragenen Wähler
239,170, und von diesen waren 126,517 sozialdemokratisch;
die Zunahme von etwa 39,000 ist zumest den Sozial-
demokraten zu gute gekommen, die diesmal 24,000 Stimmen
mehr machten, als 1890. Wie bei den Wahlen von 1890
sind in Berlin auch diesmal von sechs Mandaten nur zwei
in feste Hände gelangt worden, und diese zwei gehören den
sozialdemokratischen Bewerbern Singer und Liechtnow an,
die im vierten und sechsten Wahlkreise mit erdrückender
Mehrheit gewählt worden sind. In den übrigen drei Kreisen
war eine Stichwahl nötig. Die sämtlichen vier Stichwahlen
sind sozialdemokratische Kandidaten beteiligt, bei dreien weitaus
in vorheriger Reihe, und es ist höchst wahrscheinlich, daß sie
im zweiten und fünften Kreise die Mehrheit erlangen. Der
letzte wird wohl dem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei
fallen.

Demokratische Blätter, wie die „Frankf. Ztg.“, ver-
weisen allerdings darauf, daß die Sozialdemokratie an Stim-
menzahl nicht in dem Maße zugenommen habe, wie vor
1890; im Verhältnis zur Vermehrung der Wählerzahl sei

so gar stellenweise ein relativer Rückgang wahrzunehmen. Auch
Verluste von Mandaten sind erfolgt; so ist Bremen für die
Partei verloren, und die Behauptung von Halle und Lübeck
ist nicht sicher. Dafür hat sie freilich Breslau den Frei-
sinnigen abgenommen. Aber immerhin hat die Sozial-
demokratie an Boden gewonnen und namentlich in auf-
steigender Weise in den Reichsländern, wo sie selbst im Kreise
Straßburg liegen wird, wenn die Protestler ihrem Kandidaten
die Stimmen zuwenden.

Mehr als 10 bis 15 Siege wird die sozialdemokratische
Partei nicht gewinnen. Aber die Sache läme anders, wenn
das Verhältnis von Reichstagsstimmen zur Bevölkerungsziffer
überall das gleiche wäre; Berlin u. V. kämen im Vergleich
zu andern Kreisen mehr Vertreter im Reichstage zu.

Was aber die bürgerlichen Mittelparteien in Deutschland
am meisten erschreckt, das ist nicht die Vermehrung der Stimmen,
sondern der Umstand, daß die Sozialdemokraten in einer so
gewaltigen Anzahl (70) in Stichwahl kommen. Die Angst
vor dem „roten Gepein“ wird voraussichtlich in den am
heißesten umstrittenen Kreisen zu Koalitionen der andern Par-
teien führen. Bereits hat die nationalliberale „Köln. Ztg.“
die Notwendigkeit für die andern Parteien betont, gegen die
Sozialdemokraten gemeinsam Front zu machen. Sie verlangt
aber von den freisinnigen unbedingtes Eigenrecht. Sollte
nicht eine ungenüßlich harte Bestrafung der Stimmen
stattefinden, so wären überhaupt nicht so viele Stichwahlen
nötig.

Am schlußmüdigsten ist es den Freisinnigen gegangen
und vorab den Anhänger Eugen Richters. Kein einziger der
letzten scheint im ersten Gang gewählt zu sein; dagegen sind
eine ganze Menge von ihren Eigen verdrängt worden oder
kommen unter so ungünstigen Verhältnissen in die Stichwahl,
daß ein Erfolg unwahrscheinlich ist. In Oldenburg, wo er
sich gegen seinen bisherigen Parteigenossen Hinge, der für
die Militärvorlage gestimmt hatte, als „Bärgelndat“ por-
tieren ließ, hat H. ganz wenige Stimmen erhalten, und wahr-
scheinlich wird Hinge aus der Stichwahl mit einem Sozial-
demokraten als Sieger hervorgehen.

Im Wahlkreis Hagen, den er bisher vertreten, kann
Richter nur durchbringen, wenn ihm die National-Liberalen
helfen, was diese große Selbstüberwindung kosten dürfte.
Die freisinnige Fraktion ist wirklich an der Militärvorlage
zerstückelt.

Glimpflich sind die National-Liberalen und das Zentrum
davongekommen; auch von den Konservativen kann man dies
sagen. Die Antiklerikalen haben eher an Boden verloren.

Der 24. Juni wird die Entscheidung bringen.

Eidgenossenschaft.

Die radikal-demokratische Gruppe der Bundes-
versammlung hat bis jetzt noch keine Wertsprechung bei der
bevorstehenden Bundesratswahl erhalten. Das wird erst in der
nächsten Woche geschehen. Dagegen hat die
katholisch-konservative Gruppe zwei Namen genannt und sie
offiziell der Mehrheit präsentiert, und zwar die H. Nationa-
lrat Dr. Schmid in Altdorf und Ständerat Dr. Schmid in
Sarnen. Wenn bei der Neuwahl des Bundesgerichtes aus
politischen Erwägungen ein dritter Sitz der ultramontanen
Partei eingeräumt werden sollte, so hätten die H. Ständerat
Sergio-Weber oder Nationalrat Luz-Müller mehr Aussicht,
gewählt zu werden, als die oben genannten. Aber die all-
gemeine Strömung geht mehr dahin, bei der Aufstellung der
Kandidaturen nur auf die Tüchtigkeit Rücksicht zu nehmen
und nicht politische Rücksichten wahren zu lassen. Die Erfah-
rung mit der Wahl des Hrn. Clausen verlangt diese Haltung
gebieterisch.

Die Beratung über die Tessiner Inter-
ventionskosten wird im Nationalrat voraussichtlich kurz sein.
Die Mehrheit der Kommission, nämlich die H. Grieshaber,
Levy, Wähler-Honegger, Waser, Gobat und Wallard, ist für
Zustimmung zum Ständerat, d. h. für Nachlass aller Kosten;
die Minderheit, bestehend aus den H. Gählerlin, Ming und
Sieger (St. Gallen), beantragt Freisthalten am frühesten Be-
schlusse des Nationalrates. Nachdem nun von der Kommission
drei Mitglieder, die bei der ersten Beratung gegen gänzlichen
Nachlass sich ausgesprochen hatten, seit ihrer Meinung geändert
haben, so dürfte die Zustimmung zum Ständerat ziemlich
sicher sein.

Die Tessiner Interventionskosten. Die Kommission
des Nationalrates beantragt mit 6 gegen 3 Stimmen Zu-
stimmung zum Ständerat, also Erlass der ganzen Kosten.
Die Mehrheit besteht aus Grieshaber, Levy, Wähler-
Honegger, Waser, Gobat, Wallard; die Minderheit aus
Gählerlin, Ming und Sieger (St. Gallen).

Die Ständeräte. Die ständerätliche Kommission zur
Vorbereitung des Gesetzes über die Bemessung, die Aufstellung
und den Unterhalt des Landsturms beantragt verschiedene
Änderungen zum Entwurf des Bundesrates; die
Gedankensvorsätze sollen um einen Tag verlängert und es soll
statt der im Entwurfe vorgeschlagenen Solbanlage der reglement-

arische Gradbold ausbehaftet werden; die Landsturmmänner
haben in denjenigen Jahren, in welchen sie Dienst tun, nur
2/3 der Militärpflichterlaststeuer zu bezahlen.

Die Handelsverträge mit Frankreich. Die Kommissi-
on des Ständerates für dieses Traktandum beantragt Zu-
stimmung zum Beschlusse des Nationalrates und Annahme
des vom letzten beschlossenen Postulates betr. die Einfuhr
von Maßstäben aus den Zollfreien Zonen.

Die Eisenbahnen. Der Bundesrat beantragt der
Bundesversammlung, den H. Divier Bischoff in Luzern als
Präsident und H. Müller-Mann in Triengen als Sekretär
eines Initiativkomitees zu ernennen, um die künftigen
Gesellschaft der Konzeption für eine Normalpurbahn von
einem noch näher zu bestimmenden Punkte der ehemaligen
Nationalbahn durch das Sulgental nach Sursee zu erteilen.
Der Bau und Betriebsanfang wird einerseits in der Station
Sursee stattfinden, andererseits werden die künftigen
Züge der Bahn ihren Betriebsanfang direkt im Bahnhof
Luzern erhalten. Die Linie soll entweder in Sursee, Entfalten
oder Kästlen abhengen; von Kästlen geht das Tracé
den rechten Ufer der Sursee entlang über Stäffelbach nach
Triengen und Sursee. Die Länge der Bahn beträgt je nach
den verschiedenen Varianten 25 resp. 23 resp. 21 km, die
Spurweite 1,435 m, die Maximalsteigung 10 bzw. 8,6 und
7,5‰, der Minimalradius 400 m. Zwischenstationen sind
Luzern (nur für die beiden ersten Varianten), Kästlen,
Stäffelbach, Moslerau, Triengen, Baron-Ruotim und eine
Haltestelle bei Sursee. Die Kosten betragen rund 86,000 Fr.
per Kilometer der Baulänge (2,150,000 Fr. oder 1,950,000 Fr.
oder 1,790,000 Fr.).

Die Rentabilitätsrechnung veranschlagt die kilometerischen
Betriebs-Einnahmen auf 8200 Fr., die Ausgaben auf 5650 Fr.,
das Netto-Ergebnis nach Vergütung des Obligationenkapitals
auf ca. 2% des vorläufig mit 1,000,000 Fr. angenommenen
Klientenkapitals.

Obligatorisches Referendum. Ueber die Tragweite
der Verhandlungen des Eidgenössischen Vereines in
Dien von heute (Sonntag) teilt die „Allgemeine Schweizer
Zeitung“ folgendes mit:

„So viel uns bekannt, handelt es sich zwar nicht um
eine unmittelbare bevorstehende Kampagne zum sofortigen An-
treten des obligatorischen Referendums, sondern zunächst um
Orientierung über die voraussichtlichen Folgen dieses Volks-
rechts und über die Fassung eines eventuellen Vorschlags in
dieser Richtung. Der Augenblick wäre nämlich zur unmittel-
baren Beschlußfassung schwerlich geeignet. Abgesehen davon,
daß über den Wert und die Wirklungen des obligatorischen
Referendums selber Meinungsverschiedenheit besteht und über
die Art der Fassung eine eingehende Entscheidung ebenfalls
noch nicht vorliegt, stehen wir auch unmittelbar vor der Neu-
wahl des Nationalrates, am Ende einer dreijährigen politischen
Amtsperiode. Es muß deshalb jedenfalls vor einer all-
fälligen Aktion die Befestigung der Volksoverzeugung abgewartet
werden.“

Affaire Remig. In der Angelegenheit des Agenten
Remig ist der Generalanwalt in Chicago dazu gelangt,
den Rückzug der Klage gegen Remig und andere ausländische
Verkauf zu beantragen, da im Ausstellungsbestimmten der
Verkauf und die Verpachtung von Ausstellungsobjekten hätte
vorgesehen werden sollen und eine Veränderung derselben in
diesem Sinne vorzunehmen sei. Remig wurde frei gesprochen;
die Auforderung fällt dahin.

Luerner. Kantonal Gewerbeausstellung. Die
Ausstellungsräume beginnen sich allmählich zu füllen; die
Büroarbeiten nehmen einen erfreulichen Fortgang, und der
schöne Ausstellungsraum nähert sich seiner definitiven Gestalt.
Im Hofe erheben sich herrliche Pavillons, und im Restaurant
werden tüchtige Biergeschänke angepflanzt. Bis zum 1. Juli hofft
man auf der ganzen Linie zur Eröffnung bereit zu sein.

Die Regierungsrat hat die Erhaltung für ein
Großatmiger des kreislichen Wirtshauses an
Stelle des zurückgetretenen, seit 1871 dem State angehörenden
Hrn. Franz Sailer auf den 2. Juli nächsthin angedordnet.

Fremdenverträge. (Mitteilung des offiz. Verkehrs-
Büreaus in Luzern.) Bericht über die in den Casshöfen und
Benlonen Lugens in der Zeit vom 1. bis 15. Juni
abgeschlossenen Fremden:

Deutschland	1492	Spanien und Portugal	23
Oesterreich-Ungarn	234	Australien (n. Ostpreussingen)	89
Großbritannien	1084	Sachsen	19
Ver. Staat. (U.S.A.)	263	Schwyz	541
Frankreich	296	Athen und Aegina (Jabien)	84
Italien	191	Katholiken	24
Belgien und Holland	221	Verfährte Länder	11
Dänem., Schwed., Norweg.	81	Fremden	4633

Zitat seit 1. Mal 1890.
• Vereine, Gesellschaften, Schulen, Geschäftsvereine u. sind in
vielen Jahren nicht indogefahren.
• Zu den Nichterwählten. Das „Waterd.“
bringt einen billigen Artikel aus Triengen über die Aus-